

«Leasing-Deals sind tot»

Repräsentantenhaus will Verbot - Gefahr für Stadt?

Das US-Repräsentantenhaus hat dem Steueränderungsgesetz mit 251 zu 178 Stimmen grünes Licht gegeben. Als Konsequenz daraus sind künftig US-Cross-Border-Leasing-Geschäfte (CBL) faktisch tot, denn die amerikanischen Investoren können dann keine steuerlichen Vorteile mehr daraus ziehen. Auch die Stadt Nürnberg hat millionenschwere CBL-Deals abgeschlossen, U-Bahnen und die Kläranlage verleast.

Bereits vor einem Monat hatte die zweite Kammer, der US-Senat, einem ähnlichen Gesetz zugestimmt. Es geht um Steuererleichterungen für die US-Industrie in Millionenhöhe, aber auch um das CBL-Verbot. Entscheidender Unterschied beider Entwürfe: Der Senat will, dass Deals, die bereits unterschrieben sind und laufen, nicht tangiert werden. Die Republikaner im Repräsentantenhaus wollen die lukrativen Geschäfte sofort kappen. Die Bush-Administration

hat beide Kammern aufgefordert, sich zu einigen. Erst dann kann das Gesetz verabschiedet werden.

Dennoch: Für ausgebuffte Anwälte in Kanzleien, die sich auf Beratung in Sachen CBL konzentriert haben, ist der Fall klar - «CBL ist tot», sagen Arnd Bühner und Mathias Oberndörfer von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Young in Nürnberg. Gefahr für deutsche Vertragspartner sieht Bühner nicht, es sei denn, jemand halte sich nicht an die vielen festgelegten Pflichten des Vertragswerks. Zu befürchten ist nämlich, dass der nun «steuerlich frustrierte amerikanische Investor danach trachtet, dem deutschen Partner einen Vertragsverstoß nachzuweisen», damit er den Vertrag kündigen und Ansprüche geltend machen kann. «Wer ein US-Lease abgeschlossen hat, der weiß ohnehin, dass er die eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten hat», meint

Bühner. «Der Deutsche neigt ja generell zur Einhaltung von Verträgen.» Spötter sehen bereits «zehn schwarz gewandete US-Anwälte, die durch die Nürnberger Kläranlage streifen, um vertragswidrige Veränderungen aufzuspüren».

Während eingefleischte Kritiker nun wettern, es sei der schlimmste Fall eingetreten, vor dem sie immer gewarnt hätten, bleiben Berater wie Bühner gelassen. Mehr noch: Ernst & Young bieten den Kommunen nun wohlfeil ein Risikomanagement an, Motto: wie schütze ich mich vor einer US-Klage? «Nürnberg braucht das jedoch nicht», heißt es, «die wissen selber Bescheid.»
HANS PETER REITZNER